

etwas Höheres, völlig anderes als jedes Tier. Darum sucht eine biologisch-anthropologische Forschung, wie Portmann sagt, mit ihren Mitteln und auf ihre Weise „die Aufgabe zu erfüllen, die dem Menschen gestellt ist – wieder geleitet von dem alten, zuweilen vergessenen Gedanken, daß, wer den Menschen zu deuten sucht, groß von ihm denken muß“⁶⁰.

Die Äußere Mongolei

Franz Theodor Zölch

Seitdem Mao Tse-tung vor einigen Jahren entdeckte, daß er mit dem „Großen Bruder“ in Moskau noch eine scharfe Abrechnung wegen angeblich strittiger Grenzen und ungerechter Verträge vorzunehmen habe, ist beiderseits der sowjetisch-chinesischen Grenze ein sonst meist unbeachtetes Land wieder ins Gespräch gekommen, das sich bis dahin jahrzehntelang der schönen Illusion hingeeben hatte, ein souveräner Staat mit eigenem Staatsvolk und eigener Innen- und Außenpolitik zu sein: die Äußere Mongolei, die Heimat Dschingis-Khans, die sich heute Mongolische Volksrepublik nennt. Von den gewaltigen Landmassen Chinas und der Sowjetunion lückenlos umschlossen, liegt die Mongolenrepublik im nördlichen Zentralasien, zwischen Altai im Westen und dem Chingan-Gebirge im Osten. Auf einer Fläche von 1,62 Millionen Quadratkilometern, die etwa der dreifachen Größe Frankreichs entspricht, beherbergt sie ungefähr eine Million Menschen¹, die eine eigene, der turkotatarischen Gruppe verwandte Sprache sprechen.

Bis ins 16. Jahrhundert hinein hing dieses auf kriegerische Eroberungen bedachte Volk dem Schamanenglauben an. Erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts fand der buddhistische Lamaismus bei ihm Eingang und rasche Verbreitung. Dem Einfluß dieses Religionswechsels ist es vermutlich zuzuschreiben, daß die mongolische Geschichte von nun an friedlicher wurde. Dschingis-Khan hatte die mongolischen Stämme geeint. Unter seiner Führung brauste der Mongolensturm bis tief nach Europa hinein. Aber auch China wurde nicht verschont. 1215 eroberte er

⁶⁰ Ebd. 271.

¹ Prof. E. Thiel schätzte sie vor einigen Jahren in seinem im Isar-Verlag, München, erschienenen Buch „Die Mongolei, Land, Volk und Wirtschaft der Mongolischen Volksrepublik“ auf 758 000 Seelen, während W. Theimer in seinem „Lexikon der Politik“, 5. Aufl., 451, nur etwa 550 000 Einwohner, davon etwa 100 000 eingewanderte Russen und Chinesen, annimmt. B. C. Olschak zufolge („Ost-Probleme“ Nr. 1/1965, 19) betrug 1963 die Einwohnerzahl bereits 1,018 Millionen.

Peking und von 1280–1368 herrschten unter dem Namen „Yüan-Dynastie“ mongolische Khane als Kaiser über China. Später wendeten sich die Machtverhältnisse, und das ausgehende 17. Jahrhundert brachte die Mongolei unter chinesische Oberhoheit, die der nordöstliche Teil, die sogenannte Äußere Mongolei, erst 1911, im Zuge der beginnenden chinesischen Revolution, wieder abzuschütteln vermochte, während die Innere Mongolei bis heute im chinesischen Staatsverband verblieb.

Mindestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts bemühten sich sowohl China wie auch Rußland mit wechselndem Erfolg, die Äußere Mongolei, ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit, in ihre Einflußsphäre einzubeziehen; denn auch den Chinesen war es in mehrhundertjähriger Herrschaft nicht gelungen, das Trennende zu beseitigen. Zeitweilig hatte sich ihnen Japan als dritter Interessent zugesellt. Die Mongolen aber blieben ein schwieriger und außerordentlich wachsam auf die eigene innere Unabhängigkeit bedachter Partner, mißtrauisch und nach allen Seiten hin verschlossen. Nur nach Tibet spannen sich lange Zeit hindurch bedeutsame Fäden, denn von dorthier war die lamaistische Religion gekommen. Tibetanische Mönche hatten als Missionare und Lehrer in der Mongolei gewirkt und der Chutktu, der „Buddha von Urga“, das weltliche und geistliche Oberhaupt der Mongolen, galt als anerkannte Inkarnation Buddhas und bekleidete in der lamaistischen Hierarchie nach dem Dalai- und dem Pantschen-Lama den dritthöchsten Rang. Tibetanisch beeinflusst ist auch vieles in der mongolischen Kultur, und für Gegenstände des kultischen Gebrauchs gab es sogar ein unausgesprochenes tibetanisches Importmonopol².

Aus all diesen Gründen war es auch während der langen Zugehörigkeit der Äußeren Mongolei zum chinesischen Reich nie zu einer richtigen Durchdringung des Landes mit chinesischem Geist oder gar zur Entstehung eines chinesisch-mongolischen Nationalgefühls gekommen. Und dies, obwohl die Chinesen dabei durchaus nicht ungeschickt vorgingen, indem sie den Weg der friedlichen Infiltration vorzogen und sich durch großzügige Schenkungen an die Klöster bis zu einem gewissen Grad auch die Sympathie mancher einflußreicher Lamas sowie durch Titelverleihungen das Wohlwollen einzelner Adeliger zu gewinnen verstanden. Auf der anderen Seite wühlte jedoch das zaristische Rußland gegen China, und als sich schließlich eine nationale mongolische Freiheitsbewegung bildete, die sich teils gegen Peking, teils aber auch gegen das lamaistische Mönchsregiment in der mongolischen Hauptstadt Urga und in den Lamaklöstern richtete, da wurden diese heimlichen Rebellen von St. Petersburg aus nicht nur moralisch unterstützt, sondern auf allerlei Schleichwegen auch mit Waffen beliefert. Diese russische Tradition übernahmen nach 1917 die Bolschewisten getreulich von ihren zaristischen Vorgängern. Die Äußere Mongolei war damals bereits von China getrennt und hatte sich als souveräner Staat konstituiert. Für Moskau bedeutete dies jedoch erst eine halbe Lösung.

² Vgl. auch W. Boßhard, *Kühles Grasland Mongolei* (Zürich 1949).

Sein Ziel bildete von nun an die Einverleibung des neuen mongolischen Staates in den sowjetischen Staatsverband – ein Ziel, das es jedoch bis heute noch nicht zu erreichen vermochte und das es aus guten Gründen einstweilen wenigstens offiziell aufgegeben oder doch zumindest zurückgestellt hat.

Der nach 1911 entstandene neue mongolische Staat war seinem Wesen nach so etwas wie ein parlamentarischer Kirchenstaat. Er wurde durch ein Parlament von Mönchen und eine Handvoll reicher Adelsherren regiert. An der Spitze der Regierung stand der „Chutuktu“, der als weltliches Staatsoberhaupt den Titel „Bogdo Khan“, als geistliches Oberhaupt den Titel „Bogdo Gegen“ führte³. Der letzte Chutuktu starb 1924. Sein Name war Cse-Dsun-Damba. Er hatte sich, unter Mißachtung des bisherigen Brauches, selbst gekrönt und überdies im Jahre 1912 eine Frau namens Eche Dagini geheiratet, zwei Dinge, die ihm seine Untertanen und auch manche Lamas zeitlebens übelnahmen. Vielleicht trug diese seine Unbeliebtheit viel zum Erfolg der oppositionellen Unabhängigkeitsbewegung bei, deren Führer Dschamsaramo es besser verstand, sich im Volke Freunde zu erwerben. Als dritte politische Richtung spielte zeitweise eine panmongolische Bewegung eine Rolle, die nach dem ersten Weltkrieg durch die Japaner inspiriert worden war. Die Japaner, denen sehr an einer Zurückdämmung des russischen Einflusses lag, machten sich die noch lebendigen Traditionen der mongolischen Geschichte zunutze. Sie versprachen den Mongolen Unterstützung bei der Errichtung eines neuen großmongolischen Reiches, fanden aber im allgemeinen keinen allzugroßen Anklang, da man ihnen nicht recht traute⁴.

Erst im Jahre 1919 bildeten sich die ersten kommunistischen Zellen im Lande. Ihre Organisatoren waren die Berufsrevolutionäre Suche-Bator und Chorlogijn Tschöibalsan, die beide schon bald nach der Oktoberrevolution in die Sowjetunion gekommen und dort auf ihre künftige Aufgabe vorbereitet worden waren. Aus diesen bescheidenen Anfängen ging später die kommunistische Partei des Landes, die heutige „Mongolische Volksrevolutionäre Partei“, hervor. 1957 zählte sie rund 35 000 Mitglieder, 15 000 weniger als die albanische KP, und ist somit heute die kleinste aller regierenden kommunistischen Parteien im europäischen und asiatischen Satellitenbereich⁵.

Unter allen politischen Richtungen des Landes erwiesen sich die Kommunisten jedoch alsbald als die entschlossenste. Sie waren am straffsten organisiert und erhielten von Moskau nicht nur Anweisungen und Ratschläge, sondern auch jede materielle Unterstützung. Schon am 13. März 1921 bildeten sie eine „Provisorische Revolutionäre Volksregierung“, die durch Überrumpelung der legalen Regierung, aber dann doch unter deren Mitarbeit, zustande kam. Die Antwort der Japaner war ein Versuch, mit weißrussischer Hilfe unter dem Baron von Ungern-

³ Vgl. L. Forbath, *Die neue Mongolei* (Berlin o. J.) 230.

⁴ Forbath a.a.O. 254.

⁵ Siehe auch „Ost-Probleme“ Nr. 13/1958, 467.

Sternberg ebenfalls einen autonomen mongolischen Staat zu bilden. Dieser Versuch brach jedoch rasch zusammen, und die Kommunisten schlossen nun auf eigene Faust einen Freundschaftsvertrag mit Moskau, obwohl sie selbst einstweilen eigentlich noch eine Minderheit in der Regierung bildeten, da der Staat offiziell ja immer noch vorwiegend durch ein Mönchsparlament regiert wurde.

Der Tod des letzten Chutuktu bedeutete auch das Ende des parlamentarischen Kirchenstaates. Jetzt war der Weg frei für die Proklamierung der „Mongolischen Volksrepublik“, die sich in der Folgezeit in jeder Beziehung eng an die Sowjetunion hielt, deren ideeller und teilweise auch militärischer Hilfe sie ihr Entstehen im wesentlichen zu verdanken hatte. Im Zuge dieser Umwälzung wurde auch die mehr als tausend Jahre alte Hauptstadt Urga in „Ulan Bator Choto“, d. i. „Roter Reiter“, oder kurz „Ulan Bator“ umbenannt. Moskau hatte damit seinen ersten, politisch aber noch ziemlich selbständigen Satellitenstaat gewonnen. Er sollte ihm manchen Nutzen, aber auch so manchen Ärger bringen. Was nun folgte, zeigte bereits einige Ähnlichkeit mit der analogen Entwicklung in den osteuropäischen Volksdemokratien nach dem zweiten Weltkrieg, wobei die Unterschiede wohl hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen sind, daß im Falle der Äußeren Mongolei das Moment der sowjetischen militärischen Besetzung fehlte. Eine alsbald losbrechende Terrorwelle richtete sich gegen die bisherige kleine, innerhalb weniger Jahre völlig ausgerottete feudale Oberschicht und gegen den Lamaismus. Die Klöster wurden aufgelöst, ihr Besitz verstaatlicht und die Lamas, soweit sie höheren Rang und Einfluß besessen hatten, größtenteils ermordet. Im übrigen blieb wenigstens zunächst das meiste beim alten. Sogar der Einfluß Tibets regte sich unterirdisch bald wieder. Im Volke gingen Gerüchte um, denen zufolge in Tibet ein neuer künftiger Chutuktu, eine neue Inkarnation Buddhas, entdeckt worden war, obwohl die Kommunisten sich immer darauf berufen hatten, daß der zuletzt verstorbene Chutuktu angeblich bereits die achte und also nach lamaistischem Glauben letzte Inkarnation eines Buddhas gewesen sei und somit auch alle Nachfolgerechte als erloschen zu gelten hätten. Bald ging jedoch die Entwicklung über solche untergründige Strömungen hinweg.

Trotzdem hatte Moskau nicht immer seine ungetrübte Freude an der neuen Republik. Im allgemeinen gingen die Sowjets bei ihren politischen Infiltrationsbemühungen verhältnismäßig behutsam vor. So erklärten sie sich zum Beispiel bereit, eine Anzahl junger Mongolen besuchsweise in die Sowjetunion aufzunehmen, um sie dort kostenlos zu erziehen und ihnen eine „fortschrittliche“ Bildung zu vermitteln. Die also geschulten Mongolen kehrten selbstverständlich nicht nur als „Gebildete“, sondern vor allem als wohlgedrillte kommunistische Funktionäre in ihre Heimat zurück, während jedes Jahr eine neue Schar junger Mongolen die Reise nach Moskau antrat. Ähnliche Infiltrations- und Annäherungsversuche unternahmen jedoch auch die chinesischen Regierungen, und so sah sich die junge Mongolische Volksrepublik auch weiterhin gleicherweise von Moskau wie von

Peking umworben, wohl wissend, daß beide letztlich nichts anderes im Sinne hatten, als die Äußere Mongolei zu verschlingen. Vermutlich hätte sich Moskau ohne diese Rivalität die Republik auch längst ebenso einverleibt wie die benachbarte kleine Republik Tannu Tuwa, oder Mao Tse-tung wäre einmarschiert, wie er 1950 in Tibet einfiel.

Immerhin wußte die Mongolenrepublik ihre staatliche Selbständigkeit auch gegenüber Moskau bis heute erfolgreich zu verteidigen, und sie brachte dafür auch allerlei Blutopfer. So reiste 1923 der einstige kommunistische Parteigründer Suchebator als Staatschef der damals noch provisorischen Republik nach Moskau, um dort für die Unabhängigkeit seines Landes zu kämpfen. Nach einer hitzigen Unterredung mit Lenin fand man ihn tot in seinem Arbeitszimmer. Drei Jahre später zitierten die Sowjets Otschira, den damaligen Generalsekretär der mongolischen KP, nach Moskau, wo er an Vergiftungserscheinungen starb. Als eine Woche darauf Otschiras Stellvertreter nach Moskau kam, „verunglückte“ er tödlich. 1937 lud der Kreml den mongolischen Ministerpräsidenten Gendun ein, der den Sowjets ein Dorn im Auge war, weil er gegenüber den Resten der alten mongolischen Führungsschicht, den Lamas und den Klöstern nicht scharf genug durchgegriffen hatte. Man erzielte zwar keine hundertprozentige Einigung, Gendun aber starb auf der Heimreise. 1952 schließlich starb der damalige Staatschef der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Chorlogijn Tschoibalsan, in Moskau angeblich an Herzschwäche, als Folge einer auf Anraten seiner russischen Gattin in der Sowjethauptstadt vorgenommenen Nierenoperation. Sein Verbrechen hatte darin bestanden, daß er es ablehnte, sein Land als soundsovielte „Autonome Republik“ in der UdSSR aufgehen zu lassen, und daß er sich ferner weigerte, mongolische „Freiwillige“ nach Korea zu senden⁶. Solche Vorfälle und Erfahrungen waren natürlich wenig geeignet, unter den Mongolen für einen Anschluß an die Sowjetunion Stimmung zu erzeugen. Wie es scheint, haben sie jedoch dazu beigetragen, die Führung der kommunistischen Staatspartei wenigstens auf anderen Gebieten merklich einzuschüchtern und gegenüber Moskaus Wünschen weicher zu machen. Auf jeden Fall wußten nun die Mongolen, woran sie mit Moskau waren, und sie übten sich weiterhin in weiser Vorsicht.

Aber auch von anderer Seite wittern die Sowjets von Zeit zu Zeit Gefahr. Bei allen Mongolen ist das Andenken Dschingis-Khans noch sehr lebendig. Das hatten sich ja auch die Japaner schon einmal zunutze zu machen versucht. Um die Mitte der fünfziger Jahre begann nun auch Peking den Dschingis-Khan-Kult in der Inneren, unter der Hand aber auch in der Äußeren Mongolei zu fördern, obwohl China eigentlich wenig Anlaß hat, dieses Mongolen-Khans mit besonderem Wohlwollen zu gedenken. Die Sowjets beobachteten dies mit Besorgnis, da sie das Entstehen einer neuen subversiven mongolischen Einigungsbewegung befürchteten,

⁶ Eine sehr gute Schilderung dieser Vorgänge enthält die Zeitung „Echo der Woche“ (München) Nr. 6 vom 23. 2. 1952.

die dann möglicherweise auch die in der Sowjetunion lebenden zahlreichen Mongolen hätte erfassen oder wenigstens zu einer Art von mongolischem „Titoismus“ hätte führen können. Die Unsicherheit Moskaus in dieser Frage ging bereits so weit, daß es sogar die amtliche sowjetische Geschichtsauffassung über Dschingis-Khan revidierte, der bis dahin in sowjetischen Geschichtsdarstellungen als imperialistischer, feudaler Aggressor figuriert hatte, während sich die revidierte Darstellung mehr der mongolischen Auffassung näherte⁷. Auch dies gehörte zu den mannigfachen Druckmitteln, deren sich sowohl die Mongolische Volksrepublik wie auch Mao Tse-tung gegenüber dem „großen Bruder“ in Moskau gelegentlich sehr bewußt und meist mit Erfolg bedienten.

Peking – damals noch durch die Kuomintang-Regierung vertreten – erkannte übrigens die Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik erst im Januar 1946 an, nachdem die Vereinigten Staaten und Großbritannien diesen diplomatischen Akt bereits im Februar 1945 im Zug der Konferenz von Yalta vollzogen hatten. Diese Anerkennung, die praktisch um 35 Jahre zu spät kam, ist China nicht leicht gefallen, und so manches deutet darauf hin, daß es seinen Kampf um die Äußere Mongolei insgeheim auch heute noch nicht aufgegeben hat. Seit etwa 1955 läßt sich eine offensichtlich von Peking gesteuerte chinesische Einwanderung feststellen, die den Mongolen jedoch damals gar nicht einmal so unwillkommen war, weil sie dem Mangel an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft abzuhelpen versprach. China baute auch einige Fabriken, Straßen und Brücken und gewährte der Mongolei 1956 eine unbefristete Anleihe in Höhe von 160 Millionen Rubel, der dann später noch einige kleinere Kredite und andere Gefälligkeiten folgten. Viel mehr konnte es jedoch an wirtschaftlicher Unterstützung nicht leisten, da es alle Mittel für die eigenen wirtschaftlichen Pläne selbst dringend benötigte und selbst auf ausländische Hilfe, vor allem aus Moskau, angewiesen war.

Weit stärker als der chinesische ist jedoch seit langem der sowjetrussische Einfluß, obwohl vermutlich nicht mehr als 5000–10 000 Russen ständig im Lande leben. Aber das sowjetische Vorbild hat sowohl auf die mongolische Verfassung wie auch auf den Aufbau aller politischen und wirtschaftlichen Organisationen stark abgefärbt. Sogar das kyrillische Alphabet ist seit 1946 offiziell eingeführt, nachdem es praktisch schon seit 1941 gelehrt worden war. In der Hauptstadt Ulan Bator, die heute mehr und mehr das Gesicht einer modernen sowjetischen Industriestadt gewinnt, erscheint eine Zeitung in russischer Sprache; Russisch ist die erste Fremdsprache an den ebenfalls nach russischem Vorbild errichteten Schulen des Landes, und eine „Gesellschaft für monologisch-russische Freundschaft“ sorgt für weitere enge kulturelle und politische Berührungen.

Die derzeit geltende Verfassung der Mongolischen Volksrepublik überträgt die Exekutivgewalt dem Parlament. Dabei unterscheidet sie ein Großes Parlament

⁷ Vgl. dazu den Artikel „Dschingis-Khan siegt im Kreml“ von K. Rau im „Rheinischen Merkur“, Nr. 9 vom 25. 2. 1955.

(„Iche Churuldan“), das nur bei wichtigen Anlässen einberufen wird, und ein Kleines Parlament („Baga Churuldan“), das einen eigentlich aktiven, dreißig Mitglieder zählenden Ausschuß des Großen Parlaments bildet. In den Händen des dreiköpfigen Präsidiums dieses Ausschusses ruht praktisch die ganze Staatsgewalt. Er kann die Regierung ernennen und wieder abberufen, einzelne Minister oder Beamte ein- oder auch absetzen und die Regierung überwachen und an ihr verbindliche Kritik üben. Verstaatlichung des Bodens, Trennung von Kirche und Staat, Wahlrecht ab 18 Jahren, allgemeine Wehrpflicht – dies alles sind Grundsätze, die unmittelbar dem sowjetrussischen Vorbild entlehnt sind. Die Bevölkerung ließ sich jedoch für den Kommunismus als politische oder gar weltanschauliche Idee nur sehr zögernd erwärmen. Nach mehr als vier Jahrzehnten praktischen Anschauungsunterrichtes steht sie ihm großenteils immer noch weder ablehnend noch zustimmend gegenüber, sondern verhält sich ziemlich gleichgültig, solange er ihre ganz persönlichen Kreise nicht stört. Derartige, und zwar sehr tiefgreifende Störungen verursachte der kommunistische Staat jedoch vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft, und das bedeutete zunächst: der Viehzucht.

Mindestens fünf Sechstel der Gesamtbevölkerung waren nämlich noch vor zehn Jahren nomadisierende Viehzüchter und Herdenbesitzer und als solche nach kommunistischer Auffassung private Eigentümer wichtigster Produktionsmittel und somit eigentlich „Kapitalisten“. Die Kommunisten aber strebten eine Landwirtschaft nach sowjetrussischem Muster an. Sie wollten Kollektivierung und Verstaatlichung und überdies eine Ackerbauwirtschaft. Dem standen im Fall der Äußeren Mongolei fürs erste allerdings noch recht erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Vor allem mußte zu diesem Zweck eine Landwirtschaft im üblichen Sinn überhaupt erst geschaffen werden, denn noch 1945 besaß das mehr als anderthalb Millionen Quadratkilometer große Land insgesamt erst ganze 74 000 Hektar Anbaufläche, die dann bis 1960 immerhin wenigstens auf 265 000 Hektar vergrößert werden konnte. Alles übrige ist größtenteils auch heute noch Weideland, Steppe und Wüste oder landwirtschaftlich unverwertbares und teilweise unwegsames Hochgebirge. Einen beträchtlichen Teil des Landes nimmt ja allein schon das berühmte Wüstenhochland Gobi ein, einen anderen große Teile des Altai-Gebirges sowie das Chingan-, Sailjug- und das Tannu-Ola-Gebirge. Hier wandern die Nomaden mit ihren Herden von Weide zu Weide und ziehen sich im Winter in den Schutz der Wälder zurück. In ihrem Besitz befinden sich vermutlich an die 22 Millionen Stück Vieh oder ein wenig darüber, obwohl die kommunistischen Regierungsstellen aus propagandistischen Gründen in der Regel weit höhere, aber aller Wahrscheinlichkeit nach falsche Zahlen angeben.

Agrarproblem Nummer eins ist für die Mongolenrepublik immer noch die Seßhaftmachung der Nomaden, die nur schleppend Fortschritte macht. Man ist den Hirten bereits in den fünfziger Jahren insofern entgegengekommen, als man zwar auch hier sogenannte „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ grün-

dete, dabei aber, im Gegensatz zu den sowjetrussischen Kolchosen, weitgehende Konzessionen an die Rechte und an den Privatbesitz der einzelnen Genossenschaftsmitglieder machte. Genau genommen handelte es sich dabei eigentlich weniger um „landwirtschaftliche“ als vielmehr um Viehzuchtgenossenschaften. Trotzdem hatte man anfänglich mit der Werbung zum Eintritt in diese Genossenschaften im Norden des Landes nur bescheidene, im Süden hingegen fast gar keine Erfolge zu verzeichnen. Neun Zehntel der Viehzüchter zogen noch Ende der fünfziger Jahre das freie Umherwandern dem Zwang einer noch so lockeren Genossenschaft vor. Daneben gibt es allerdings auch einige Staatsgüter, die ihren Bestand vorwiegend der Enteignung der früheren dünnen Adelsschicht und der Klöster verdanken. Aber ihre Zahl wuchs nur langsam: im Jahre 1955 waren es erst ganze neunzehn! Auf ihnen traf man übrigens bezeichnenderweise fast nur chinesische Einwanderer, da die mongolischen Nomaden selbst nur schwer zu landwirtschaftlicher Arbeit zu bewegen waren und den sein Feld bestellenden Ackerbauern geradezu verachteten.

Diese Einstellung beruhte hauptsächlich auf religiösen Gründen, da der lamaistische Buddhismus die Bodenbearbeitung verbietet. Die Güter bauen Mais, Getreide und Gemüse und betreiben Geflügel- und Schweinezucht. Immerhin waren es gerade diese wenigen Staatsgüter, die innerhalb eines kurzen Jahrzehnts die mongolische Landwirtschaft auf einen halbwegs modernen Stand zu bringen vermochten. Ihnen ist es zu danken, daß das Land heute nicht nur seinen Eigenbedarf an Getreide erzeugt, sondern sogar noch Weizen exportieren kann. Die Sowjetunion hatte dem mongolischen Ministerpräsidenten Jumshagin Zedenbal bereits im Mai 1957 die Lieferung von 2500 Traktoren und 550 Mähdreschern zugesagt. Doch erschienen diese Zahlen damals angesichts der Handvoll Sowchosen reichlich phantastisch und ihre Lieferung, die im Zeitraum von drei Jahren erfolgen sollte, etwas zweifelhaft. Überhaupt zeigte sich Moskau überaus großzügig, wenn es um Zusagen und Versprechungen ging. Aber Zedenbal konnte trotzdem zufrieden sein, denn er brachte damals einen beachtlichen Kredit in Höhe von 400 Millionen Rubel nach Hause⁸. Um so angenehmer überrascht war man in Ulan Bator, als Moskau seine Versprechungen dann tatsächlich hielt und nicht nur moderne Landmaschinen in die Mongolei lieferte, sondern auch Lehrpersonal schickte, und den Mongolen darüber hinaus bei der Nutzbarmachung weiteren Bodens mit Rat und Tat zur Seite stand.

Selbstverständlich hat sich auch die Mongolische Volksrepublik der Planwirtschaft verschrieben. Indessen mußte der erste Versuch eines Fünfjahresplans, der von 1931–1935 laufen sollte, bald als undurchführbar wieder aufgegeben werden. Erst 1948 verkündete die Regierung dann zum zweiten Mal einen „ersten“ Fünfjahresplan (1948–1952), dem 1953 ein zweiter und 1958 ein Dreijahresplan folgten. Ab 1962 etwa kann man von einer wenigstens zeitlichen Koordinierung der mon-

⁸ Vgl. dazu den Artikel „Die Mongolei als Puffer“ von A. Rauchfuß im „Rheinischen Merkur“ vom 4. 10. 1957.

golischen mit der Planwirtschaft des übrigen Ostblocks sprechen. In diesem Jahr war die Republik als Vollmitglied in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe aufgenommen worden. Soweit es der Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zuläßt, wurde sie seitdem in den Arbeitsteilungs- und Produktionsplan des Comecon miteinbezogen.

Im Mittelpunkt aller mongolischen Wirtschaftspläne stand von Anfang an das bereits angedeutete Bemühen, eine leistungsfähige Landwirtschaft auf die Beine zu stellen. Daneben wurden jedoch auch allerlei Anstrengungen unternommen, um in dem äußerst rückständigen Nomadenland eine eigene moderne Industrie aus dem Boden zu stampfen. Gar so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte, war dieses Vorhaben nicht; denn das Land verfügt über beträchtliche Bodenschätze, darunter Kohle, Eisen, Buntmetalle und Gold, und seit einigen Jahren wird in der Wüste Gobi im Südostteil des Landes auch Erdöl gefördert. Die Sowjetunion zeigt reges Interesse insbesondere für diese junge Erdölindustrie, in die sie bereits Ende der fünfziger Jahre ansehnliche Summen investierte und die daher unter allen industriellen Unternehmungen des Landes so ziemlich an erster Stelle rangiert. Dem Vernehmen nach soll es in der äußeren Mongolei auch Uran- und Wolframvorkommen geben, was das Land für die Sowjets noch interessanter macht, zumal sich nördlich der mongolisch-sowjetrussischen Grenze ein sowjetisches Atomforschungszentrum befindet. Bei den übrigen Industrien handelt es sich meist um Fabriken, die von China, in den weitaus meisten Fällen jedoch von der Sowjetunion oder von europäischen Ostblockstaaten auf Grund langfristiger Kreditverträge errichtet wurden. Auch diese Fabriken beschäftigten wie die Staatsgüter lange Zeit eine große Anzahl chinesischer Arbeiter. Moskaus wirtschaftliche Betreuung lief letztlich auf den Versuch hinaus, in der Mongolei eine normalerweise mindestens viele Jahrzehnte beanspruchende wirtschaftliche Entwicklung auf den engen Zeitraum von nur wenigen Jahren zusammenzuziehen. Dieser Versuch wurde seinerzeit vom Westen mit ziemlicher Skepsis beobachtet. Es wäre jedoch töricht, zu leugnen, daß Moskau dabei eine verhältnismäßig glückliche Hand bewiesen hat. Was noch vor zehn Jahren unvorstellbar schien, hat sich inzwischen in Realität verwandelt, und schon 1963 überschritt der Anteil der Industriegewinne am Brutto-Volkseinkommen die 40-Prozent-Linie. Die Mongolen selbst erkennen dies durchaus an und wissen sehr wohl, daß dieser Erfolg mit chinesischer Hilfe allein nie möglich gewesen wäre.

Die Zukunft und vor allem die relative politische Selbständigkeit der Mongolenrepublik beruhen heute auf dem Gleichgewicht der sowjetisch-chinesischen Rivalität. Den weitaus größeren materiellen Nutzen zieht das Land gegenwärtig zweifellos aus seinen sowjetrussischen Verbindungen. Moskau läßt sich seine Zukunftspläne mit der Äußeren Mongolei etwas kosten. Natürlich wissen auch die Mongolen, daß es mit einer dereinstigen sicheren Ernte seiner Rubelsaat rechnet, zumal es auch den Anschluß an seine Transsibirische Eisenbahnlinie inzwischen

quer durch die Mongolenrepublik hindurch in russischer Breitspur bereits bis vor die Tore Pekings ausgebaut hat. Im Augenblick aber ist der Kreml schon zufrieden-gestellt, wenn die Stimme der Mongolei im Rate der kommunistischen Parteien nicht der Gruppe um Peking gehört. Möglicherweise waren es neben parteiinternen Machtkämpfen im Zusammenhang mit Chruschtschows Aufstieg doch auch noch außenpolitische Erwägungen, die den Kreml im August 1957 bestimmten, keinen Geringeren als den alten Fuchs Molotow als Sowjetbotschafter nach Ulan Bator zu verbannen. In der Folgezeit erwies sich dessen Spiel dann allerdings als reichlich undurchsichtig, da er als eingeschworener Stalinist eher nach Peking tendierte als nach dem Moskau Chruschtschows, so daß er auch von diesem Posten wieder abberufen werden mußte.

Es könnte für das Schicksal der Äußeren Mongolei entscheidend werden, daß sie zwar Moskaus ältester Satellit, aber keine „Volksdemokratie“ nach osteuropäischem Muster und daher nach Ansicht des Kreml vielleicht reifer als die europäischen Satelliten ist, von der großen Sowjetunion aufgesogen zu werden, falls es den Sowjets gelingen sollte, zum Beispiel im Inneren des Landes eine, wenn auch noch so unbedeutende und unfreiwillige „Bewegung“ zu inszenieren, die einen solchen Anschluß „spontan“ fordert. Erfahrungsgemäß setzt Moskau jedoch derlei Akte in der Regel nur als Schlußsteine an das Ende einer von ihm sorgfältig inszenierten künstlichen Entwicklung. Anzeichen dafür, daß man an eine solche Inszenierung zumindest dachte, hat es schon frühzeitig gegeben. Zu ihnen gehörte z. B. auch die Umgestaltung der Partei- und Staatsspitze im Herbst 1958, die ganz nach sowjetischem Muster erfolgte. Partei- und Staatsführung waren seit dem Tode Tschibalsans getrennt gewesen. Nun aber vereinigte Ministerpräsident Zedenbal beide höchste Ämter nach Chruschtschows Vorbild in seiner Hand, während der bisherige Erste Sekretär der Partei, Damba, mit dem Posten eines Zweiten Sekretärs abgefunden wurde. Man vermutete damals dahinter eine von Molotow inspirierte Hinwendung zu Peking; denn Zedenbal galt als alter Stalinist, von dem man annahm, daß seine Sympathien eher Mao galten als dem Stalin-Stürzer in Moskau. Aber schon wenige Monate später, im Frühjahr 1959, wurde Damba seines Postens enthoben⁹, und mit ihm stürzten eine ganze Reihe anderer führender Funktionäre, darunter auch der Parlamentspräsident Surenschaw. Beiden Aktionen aber waren, wie später bekannt wurde, Unterredungen Zedenbals mit Chruschtschow vorangegangen. Die Vermutung mußte sich also geradezu aufdrängen, daß sie auf Chruschtschows Weisung erfolgten und von Moskau mit dem am 10. Februar 1959 abgeschlossenen Hilfsabkommen zur rascheren Kollektivierung der mongolischen Landwirtschaft nachträglich, bzw. schon im voraus honoriert worden waren. Diese Lesart hat um so mehr für sich, als sich in der darauffolgen-

⁹ AP-Meldung in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 3. 4. 1959.

den Zeit immer deutlicher erwies, daß nicht Zedenbal, sondern der gestürzte Damba allzu freundliche Gefühle für Peking hegte.

Insgesamt hat Moskau bisher annähernd anderthalb Milliarden Rubel aufgewandt, um die Mongolei wirtschaftlich zu dem zu machen, was sie heute ist. Daß es die Früchte dieser Opfer, wenn es sie schon nicht selbst ernten kann, auf keinen Fall kampflos Peking überlassen will, ist so sicher wie umgekehrt, daß Peking niemals ohne äußeren Zwang mit einem Aufgehen der Äußeren Mongolei im sowjetischen Staatsverband sich einverstanden erklären würde. Man kennt die Persönlichkeit Zedenbals zu wenig, um das Maß seiner Aufrichtigkeit gegenüber Moskau oder seiner Schläue gegenüber beiden Nachbarn erschöpfend beurteilen zu können. Aber einmal ist er in jüngeren Jahren durch Moskauer Parteischulen gegangen und überdies mit einer Sowjetrussin verheiratet; zum anderen aber ist es ihm und der ihn tragenden Gruppe innerhalb seiner Partei durchaus klar, daß dem Strom der sowjetischen Wirtschaftshilfe von chinesischer Seite nichts Gleichwertiges entgegengesetzt werden kann. Trotzdem ist es so gut wie sicher, daß es innerhalb der Partei, aber auch im Volk eine wenn auch kleine und natürlich unterdrückte, auf ihre Stunde wartende prochinesische Opposition gibt, von der geheime Fäden nach Peking laufen. Dazu kommt, daß schon in früheren Jahren, insbesondere aber auf Grund eines Abkommens aus dem Jahre 1955, Tausende von chinesischen Gastarbeitern ins Land geströmt waren, von denen sicherlich einige von Peking mit geheimem Auftragsbefehl über die Grenze geschickt worden waren. Dieses Heer der chinesischen Gastarbeiter machte die Partei Zedenbals allem Anschein nach nervös. Gerüchte über einen nahe bevorstehenden prochinesischen Putsch brachten schließlich den Topf zum Überlaufen und so entschloß sich die Regierung im Mai 1964, die chinesischen Gastarbeiter kurzerhand auszuweisen. Vermutlich atmeten damals nicht nur die Parteileute auf; auch das Volk ließ die Chinesen leichten Herzens ziehen; denn so lange sie im Lande gewesen waren, hatte es immer wieder Unzuträglichkeiten und Schlägereien zwischen Mongolen und Chinesen gegeben, und das drückende Gefühl, die Gastarbeiter seien nur der getarnte Vortrupp einer chinesischen militärischen und politischen Invasion, hatte allmählich auch die einfachen Leute erfaßt¹⁰.

Wenn im großen kommunistischen Bruderzwist die Mongolen heute ganz offiziell auf Moskaus Seite stehen, dann wissen sie demnach sehr wohl, warum. Was in ihrem Lande an modernen Maschinen, Fabrikeinrichtungen oder auch an bewährten Organisationsformen und industriellen Techniken zu finden ist, trägt fast ausnahmslos den Stempel sowjetischer oder osteuropäischer Herkunft. Man weiß natürlich auch in Ulan Bator, daß Moskau keineswegs selbstlos hilft, man weiß aber auch, daß es dem Kreml gegenüber immerhin noch angenehmere Abhängig-

¹⁰ Siehe dazu auch den Bericht „Die Mongolen im Streit zwischen Moskau und Peking“ in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30. 5. 1964.

keitsverhältnisse gibt als jenes des Verschlungenwerdens. Von Peking jedoch kann man nicht mehr erwarten, als irgendwann einmal annektiert zu werden. Da man jedoch lieber sowjetischer Satellit ist als chinesischer Untertan, vertraut man eben auch weiterhin auf die Dauerhaftigkeit der chinesisch-sowjetischen Rivalität, die ein entscheidendes Zupacken der einen wie der anderen Seite im Augenblick jedenfalls nicht zuläßt, in deren Rahmen aber auch weiterhin bald von der einen, bald von der anderen Seite dann und wann ein mehr oder weniger fetter Brocken für den Umworbenen abfallen dürfte.

Die Funktion der Presse in der Sowjetunion

Paul Roth

In der Sowjetunion erhält die Presse ihre Funktion durch das Abhängigkeitsverhältnis Partei-Presse. Die Partei nimmt für sich in Anspruch, die wahren Interessen des Volkes zu kennen und zu vertreten. Sie sieht in der Presse ein Instrument zur Lenkung und Beeinflussung des Volkes. Das Abhängigkeitsverhältnis beruht auf der Sowjetideologie.

Die Funktion der Presse bei Marx

Marx hatte eine andere Vorstellung von der Presse als Lenin. 1842/1843 vertrat er noch Anschauungen über Volk und Presse, die man als „romantisch“ bezeichnen muß. Seit Oktober 1842 war Marx Redakteur der in Köln erscheinenden „Rheinischen Zeitung“. Am 1. Januar 1843 veröffentlichte er in dieser Zeitung einen Artikel zum Verbot der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“, in dem er unter anderem schrieb: „Die Presse ist nichts und soll nichts sein als das laute, freilich oft ‚leidenschaftliche und im Ausdruck übertreibende und fehlgreifende tägliche Denken und Fühlen eines wirklich als Volk denkenden Volkes‘ ... Vor allem das Volk, dessen politischer Sinn erst erwacht, fragt weniger nach der faktischen Richtigkeit dieser oder jener Begebenheit als nach ihrer sittlichen Seele, mit welcher sie wirkt; Tatsache oder Fabel, sie bleibt Verkörperung der Gedanken, Befürchtungen, Hoffnungen des Volkes, ein wahres Märchen ...“

Für Marx war also zu dieser Zeit die Presse Verkörperung des Volkswillens. Im